

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.
S C H W E R I N

Juni 2018

Mehrheit für die Wiedereinführung der Familienjahreskarte im Zoo

Ob Familienparkplätze in Parkhäusern und vor Supermärkten oder Familientarife in Schwimmhalle und Zoo, seit längerem engagiert sich die Linksfraktion in der Stadtvertretung für das Thema Familienfreundlichkeit. Darauf verwies Martin Frank in der Debatte. Die Abschaffung des Familientarifes hatten Geschäftsführung und Aufsichtsrat unter Bezug auf die finanzielle Lage des Zoos beschlossen.

Damit zahlt eine Familie mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern aktuell 30% mehr als vorher. Das Kalkül,

durch die Preissteigerung Mehreinnahmen zu erzielen, könnte auch nach hinten losgehen.

Vielfach war in den letzten Wochen zu hören, dass Familien unter diesen Umständen auf den Zoobesuch verzichten wollen. Unbestritten ist, dass der Zoo mehr Unterstützung, unter anderem für dringende Investitionen, braucht.

Daher werden die Gremien der Stadtvertretung sich zeitnah auch mit der Frage einer Erhöhung des städtischen Zuschusses beschäftigen.

Beschäftigungsmöglichkeiten und Quartiersentwicklung im Mueßer Holz

Völlig unerwartet wurde die Landeshauptstadt Schwerin nicht für die 2. Phase des Bundesprogramms „Bildung, Arbeit, Wirtschaft im Quartier“ berücksichtigt.

Über dieses Programm waren in den Jahren 2015-2018 ca. 150 vormals Langzeitarbeitslose im Mueßer Holz und in Neu Zippendorf in sinnvollen Arbeitsmarktprojekten beschäftigt. Ein Drittel hat auf diesem Weg auch wieder eine reguläre Beschäftigung gefunden.

Zudem wurden Brachflächen umgestaltet, Veranstaltungen durchgeführt und so das Quartier aufgewertet. Deshalb warb Fraktionschef Henning Foerster dafür, nach Kompensationsmöglichkeiten zu suchen und den ohnehin geplanten, städtischen Eigenanteil für das Bundesprogramm ebenfalls zur Fortführung von Maßnahmen einzusetzen.

Der Oberbürgermeister ist jetzt aufgefordert, Gespräche mit dem Land und dem Jobcenter zu führen. Letzteres hat infolge der Zuweisung nicht verbrauchter Mittel aus dem Vorjahr aktuell auch größere, finanzielle Spielräume.

Kein Geld für die Demokratie?

Zahlreiche Initiative, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger setzen sich tagtäglich ehrenamtlich für ein gedeihliches Zusammenleben ein. Um sie bei dieser wichtigen Arbeit zu unterstützen, hat die Bundesregierung unter Federführung des SPD – geführten Familienministeriums das Programm „Demokratie leben“ aufgelegt.

Peter Brill verwies darauf, dass die Aktivitäten des Bundes sich künftig noch stärker als bislang an den konkreten Problemen vor Ort orientieren sollen. Um die Fördermittel in beträchtlicher Höhe abrufen zu können, fordert der Bund lediglich die Einrichtung einer halben Stelle bei der Verwaltung.

Diese soll die vielfältigen Initiativen koordinieren. Das reichte dem Oberbürgermeister, um eine ablehnende Stellungnahme zum Antrag abzugeben. Dieser wollte die Stadtvertretung dann doch nicht folgen. Der Antrag wurde in die Fachausschüsse überwiesen.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Neue Richtlinie für Kosten der Unterkunft

Eigentlich dürfte das Ergebnis einer Studie des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung niemand ernsthaft überrascht haben. Schwerin und Rostock sind die Städte, in denen Arm und Reich am deutlichsten voneinander getrennt wohnen.

Armut in Schwerin findet man vor allem in den Plattenbaugebieten im Schweriner Süden. Ein Grund dafür ist, dass die maximal zulässige Miete durch die Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft gedeckelt ist. Wenn aktuell nur 5,06 Euro pro Quadratmeter zulässig sind, wird es schwierig bis unmöglich entsprechenden Wohnraum in der Innenstadt oder zumindest in innenstadtnahen Vierteln zu finden, so Peter Brill in seiner Antragsbegründung. Deshalb plädiert die Linksfraktion für eine Überarbeitung der Richtlinie, die Alternativvorschläge des Deutschen Mieterbundes aufgreift und dazu beiträgt, sozial ausgeglichene Bewohnerstrukturen zu schaffen.

Kundennahe Präsenz des Jobcenters im Mueßer Holz

Mit der bewussten Entscheidung für ein Bürger- und Begegnungszentrum (BBZ) hat die Stadtpolitik ein wichtiges Signal für den Schweriner Süden gesetzt. Unter dem Dach des BBZ werden künftig die Stadtteilvolkshochschule, ein Veranstaltungsraum mit 200 Plätzen, eine Anlaufstelle des Konservatoriums, interkulturelle Vereine sowie eine Außenstelle des Jugendamtes und des Jobcenters untergebracht sein.

Letzteres will dort nach den aktuellen Planungen jedoch nur ein sehr eingeschränktes Beratungsangebot vorhalten. So soll es vor allem Informationen zu Fördermöglichkeiten im Bereich der beruflichen Weiterbildung, zur Berufsausbildung und zum Studium geben. Henning Foerster begrüßte ausdrücklich das Engagement des Jobcenters vor Ort, verwies aber darauf, dass annähernd die Hälfte der im Hartz IV Bezug befindlichen Schweriner in den benachbarten Wohngebieten zu Hause sind.

Damit die Außenstelle des Jobcenters tatsächlich auch einen Mehrwert für diese Bewohner hat, sollten auch weitere Serviceleistungen, wie die Abgabe von Unterlagen, die Mitteilung einer Erkrankung oder die Beantwortung von Fragen zu Auszahlungsterminen dort angeboten werden.

5 Widersprüche des Oberbürgermeisters in einer Sitzung - Unrühmlicher Rekord!

Noch nie gab es eine Sitzung der Stadtvertretung, in der ein Oberbürgermeister gleich fünfmal Widerspruch gegen Beschlüsse der Stadtvertretung eingelegt hat. 4 davon richteten sich gegen Anträge, die von der Linksfraktion selbst oder mit eingebracht wurden und für viele Schwerinerinnen und Schweriner eine Verbesserung mit sich gebracht hätten.

So weigert sich der Oberbürgermeister zum Beispiel in der Schwimmhalle auf dem Dreesch in ein funktionierendes Schranksystem zu investieren, einen Jahreskartentarif für Familien einzurichten und die bargeldlose Zahlung zu ermöglichen.

Ebenfalls weist er die Forderung nach einem Monatskartensozialtarif für Kinder im Besitz einer Bildungskarte zurück. Zudem möchte er nicht über die Absenkung der Mindestkilometer von 4 auf 2 bzw. 2 auf einen Kilometer (weiterführende Schulen bzw. Grundschule) in der Satzung über die Schülerbeförderung reden. Er begründet dies damit, dass sich in der Folge die Zahl der Anspruchsberechtigten erhöhen würde. S

chon merkwürdig für jemanden, der sonst stets betont für die kostenlose Schülerbeförderung zu streiten. Anderenorts, wie im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist man da weiter. Dort will der Kreis die kostenlose Schülerbeförderung. Immer mehr wird deutlich, dass der Oberbürgermeister sich vor allem als oberster Kassenwart begreift, sagte Henning Foerster in der Debatte. Die Konsolidierung der städtischen Finanzen bleibt sicher wichtig, allerdings werden sich künftig Spielräume ergeben. Übernimmt das Land tatsächlich die Anteile Schwerins am Staatstheater, entfele zum Beispiel der städtische Zuschuss von mehr als 6 Millionen Euro.

Dieser könnte dann zum Teil für die Haushaltskonsolidierung, aber eben auch zur Finanzierung wichtiger Vorhaben eingesetzt werden.

Absehbar war der Widerspruch gegen den Beschluss der Stadtvertretung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Hier geht es vor allem darum, den Druck gegenüber der Landesregierung aufrecht zu erhalten, um zu einer neuen Regelung im Land zu kommen, worauf Gerd Böttger noch einmal deutlich hinwies.